

Informationen zur Datenverarbeitung - Frauenhaus

Sehr geehrte,

es ist unser Anliegen Ihnen eine zuverlässige Leistung in höchster Qualität zu bieten. Um Sie gut betreuen und/oder beraten zu können ist es unerlässlich, sensible, persönliche Informationen über Sie zu erhalten und mit diesen zu arbeiten.

Gerne kommen wir unseren Aufgaben nach § 15 des kirchlichen Datenschutzrechts KDG nach, Sie umfassend über die Datenverarbeitung zu informieren. Sie können uns bei weitergehenden Fragen jederzeit kontaktieren:

Sozialdienst katholischer Frauen
Akademiestraße 15
76133 Karlsruhe
vorstand@skf-karlsruhe.de
0721/91375-0

Zwecke der Datenverarbeitung

Wir verwenden Ihre Daten jeweils nur im erforderlichen Umfang und ausschließlich zu dem Zweck einer bestmöglichen Beratung/Betreuung.

Ihre **Stammdaten**, wie z.B. Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum & -ort, Kontaktdaten sowie ggf. Daten Ihrer Sorgeberechtigten und ggf. Ihrer Angehörigen und/oder Vertreter(in) nutzen wir

- zur Kommunikation mit dem Jobcenter
- ggf. zur Einschaltung Dritter z.B. Psychologischer Beratungsstelle
- ggf. Kontakt mit Sozialem Dienst
- ggf. zur Kontaktaufnahme mit Polizei, mit anderen Frauenhäusern und zur Organisation von Leistungen zum Schutz von Leib und Leben
- ggf. Unterstützung bei Antragstellungen zur Existenzsicherung bspw. zur Unterhaltsvorschusskasse oder zur Familienkasse

jeweils in Absprache und unter dem Vorbehalt, dass eine zweckbezogene Einwilligung bzw. Schweigepflichtsentbindung vorliegt.

Für die Leistungserbringung benötigen wir ggf. und in Absprache Ihre **hilfe- und beraterbezogenen Daten**, wie z.B. individuelle und fallbezogene Informationen, Übergabeinformationen vorhergehende Betreuungen, medizinische Berichte, medizinische Informationen, Diagnosen, Arztbriefe u.a.

- Für die hilfebezogenen und beratenden bzw. unterstützenden Tätigkeiten durch unsere angestellten Mitarbeiterinnen, Auszubildenden, Studentinnen und ggf. Freiwillige und Praktikantinnen
- für die interne Qualitätssicherung und ggf. externe Qualitätssicherung
- ggf. zur Abstimmung der Leistungen im Rahmen der Hilfeplangespräche
- zur Abstimmung der unterstützenden, betreuenden, Maßnahmen und zur Organisation der Leistungen
- Bearbeitung und Abwicklung von möglichen Schadensersatzfällen
- Abrechnungsdaten zur Abrechnung gegenüber Leistungsträgern, und ggf. Selbstzahlern
- für die Rechnungsprüfung und das Controlling, Wirtschaftsprüfung
- für die Geltendmachung von Rechtsansprüchen, Einschaltung von Rechtsberater(inne)n, Prozessführung
- Sozialdaten, wie Krankenversicherungskarte, behördlichen Aktenzeichen u.a.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre Daten ausschließlich, wenn dies gesetzlich erlaubt ist. Wir dürfen Ihre **personenbezogenen Daten** nach § 6 KDG verarbeiten, wenn

- das KDG oder eine Rechtsvorschrift, insbesondere aus dem SGB II und SGB XII bzw. den Sozialgesetzbüchern es vorsieht
- Sie zweckbezogen eingewilligt haben
- die Verarbeitung für die Anbahnung, Erfüllung oder Abwicklung unserer Hilfen erforderlich ist
- die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist
- die Verarbeitung erforderlich ist, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen

Ihre **sensiblen Daten**, wie z.B. Ihre Gesundheitsdaten, ethnische Zugehörigkeit dürfen wir nach § 11 KDG nur verarbeiten, wenn

- Sie in die Verarbeitung der genannten personenbezogenen Daten für einen oder mehrere festgelegte Zwecke ausdrücklich eingewilligt haben
- die Verarbeitung erforderlich ist, damit wir aus dem Arbeitsrecht und dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erwachsenden Rechte ausüben und unseren diesbezüglichen Pflichten nachkommen können, soweit zulässig
- die Verarbeitung zum Schutz Ihrer lebenswichtigen Interessen oder der einer anderen natürlichen Person erforderlich ist und aus körperlichen oder rechtlichen Gründen keine Möglichkeit besteht eine Einwilligung einzuholen
- die Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder bei Handlungen der kirchlichen Gerichte im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit erforderlich ist

Empfänger der personenbezogenen Daten

Ihre Daten können unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. bei vorliegenden Einwilligungserklärungen/Schweigepflichtentbindungen auch an Dritte übermittelt werden. Als Dritte kommen ggf. und in Absprache in Betracht:

- Leistungsträger wie Jobcenter, Sozialamt, Arbeitsamt,
- weitere Behörden und beteiligte Stellen
- ggf. Jugendamt
- Behörden in Zusammenhang mit Antragstellungen und Verwaltungsverfahren
- externe Supervisoren
- Hausärzte, Ärzte in Krankenhäusern und Kliniken, Psychologen
- Mitarbeitende von Schulen, Arbeitgeber, Kindertageseinrichtungen soweit erforderlich
- Behörden bei Unterstützung von Antragstellungen
- Gerichte und Behörden, in Form von persönlicher Begleitung
- Auftragsverarbeiter, derer wir uns als Mitwirkende bedienen (z.B. Softwarehersteller, IT-Dienstleister)

Kriterien der Speicherdauer

Ihre Daten werden nur solange gespeichert, wie im datenschutzrechtlichen Sinne erforderlich. Dabei beachten wir die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen von z.B. 10 Jahren für Buchhaltungsunterlagen und Dokumentation. Besteht keine Aufbewahrungspflicht, löschen bzw. vernichten wir Ihre personenbezogenen Daten zeitnah im Rahmen unserer organisatorischen Möglichkeiten, sobald feststeht, dass kein Verarbeitungszweck mehr besteht. Entsprechende organisatorische Maßnahmen sind getroffen.

Erhebung der Daten

Die entsprechenden Daten erheben wir soweit möglich bei Ihnen selbst. Ausschließlich, wenn Sie vorab eingewilligt haben, erhalten wir Daten aber auch direkt von anderen involvierten Einrichtungen, z.B. von einem vorherigen Frauenhaus sowie von beteiligten Dritten. Diese Daten werden bei uns im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit Ihren übrigen Daten ggf. getrennt von Abrechnungsdaten zusammengeführt.

Hinweis auf die berufliche Schweigepflicht

Ihre Daten werden von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Die mit der Datenverarbeitung befassten Mitarbeiter(innen) unterliegen – vergleichbar mit einem Arzt – entweder bereits kraft Gesetz oder kraft einer Verpflichtung durch den Arbeitgeber einer beruflichen Schweigepflicht, die dem des Arztes vergleichbar ist. Wird diese Schweigepflicht verletzt, zieht dies eine Strafbarkeit nach § 203 Strafgesetzbuch nach sich.

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung u.a.

Ihnen stehen sogenannte Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber der Einrichtungsleitung geltend machen. Sie ergeben sich aus dem Datenschutzrecht:

- **Recht auf Auskunft:** Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten
- **Recht auf Berichtigung:** Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.
- **Recht auf Löschung:** Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:** Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.
- **Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung:** Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit:** Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.
- **Widerrufsrecht bei Einwilligungen:** ist Rechtsgrundlage einer Datenverarbeitung eine Einwilligung des Betroffenen, so hat dieser ein jederzeitiges Widerrufsrecht mit Wirkung für die Zukunft

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen

Selbstverständlich haben Sie auch das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Weitere Informationen erhalten sie unter www.kdsz-ffm.de.

Folgen der Nichteinwilligung bzw. Verweigerung der Bereitstellung personenbezogener Daten

Wir weisen Sie weiter darauf hin, dass das Zurverfügungstellen personenbezogener Daten Ihrerseits teilweise gesetzlich vorgeschrieben sein kann (z.B. aus sozialrechtlichen oder steuerrechtlichen Gründen) und sich zudem aus vertraglichen Regelungen ergeben kann. Insofern kann es zu einem Vertragsabschluss erforderlich sein, dass Sie uns personenbezogene Daten zur Verfügung stellen, die von uns zu verarbeiten sind. Liegen uns erforderliche Informationen nicht vor, kann dies den Erfolg der Hilfen beeinträchtigen und es können Gefährdungssituationen auftreten.

Datenschutzbeauftragte der Einrichtung

Der Sozialdienst katholischer Frauen Stadt- und Landkreis Karlsruhe e.V. hat eine Datenschutzbeauftragte bestellt.

Ihre Kontaktdaten lauten wie folgt:

Beate Enters
Stephanienstraße 31
76133 Karlsruhe
Tel.: 0721 570 44 99-7
E-Mail: dsb@skf-karlsruhe.de

Bei Fragen und Anregungen zum Datenschutz können Sie sich jederzeit an unsere Datenschutzbeauftragte wenden.

Karlsruhe, den 03.02.2021

Mit Ihrer Erklärung über Einwilligung zur Datenverarbeitung und Entbindung von der Schweigepflicht, in der Regel anlässlich des ersten Termins haben Sie erklärt, dieses Informationsblatt erhalten zu haben.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.